

GU 29. Apr. 69 19

Vertraulichgrüne Kopie

B. 729.15.1.
p.B. 75.21. ✓ a/afk

Höflichkeitsbesuch Vizeausseministers WINOGRADOW (USSR)
beim Departementschef, am 14. April 1969.

Winogradow (W.), der anlässlich der Abrüstungsgespräche in Genf weilt, bringt folgende Themen zur Sprache:

1) Abrüstungskonferenz: W. erklärt, die Gespräche seien endlich durch eine gewisse Sachlichkeit gekennzeichnet, die leider bisher gefehlt habe, weshalb viel Zeit verloren gegangen sei.

2) Leninfeiern 1970: W. lobt zunächst die traditionelle Gastfreundschaft der Schweiz in geradezu überschwenglicher Weise, um dann auf Lenin zu sprechen zu kommen, der ebenfalls davon Nutzen ziehen konnte. Unterstreicht die Bedeutung Lenins und diejenige der nächstjährigen Feierlichkeiten zu dessen 100-stem Geburtstag.

(Diese Ausführungen sind in Zusammenhang zu bringen mit den russischerseits vorgetragenen Wünschen betreffend Erwerb der in der Schweiz befindlichen Lenin-Dokumente; die Frage wurde aber nicht ausdrücklich erwähnt.)

3) Europäische Sicherheitskonferenz: W. beklagt sich, der Sowjetunion würden immer wieder falsche Motive unterschoben. Dies sei auch im Zusammenhang mit dem Budapester Appell der Fall gewesen. Hier handle es sich aber um einen ernsthaften und aufrichtigen Vorstoss zur friedlichen Regelung der zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa. Es sei notwendig, nun zu Taten zu schreiten, umso mehr als offenbar der Gedanke grundsätzlich keinerlei Opposition begegne.

Der Departementschef legt die schweizerischen Ansichten dar unter Bezugnahme auf die Unterredungen, die er bereits mit Botschafter Tschistiakow gehabt hat (gründliche Vorbereitung, Beteiligung der USA).

W. ist in Bezug auf gründliche Vorbereitung einverstanden. Bezüglich Beteiligung der USA erklärt er, es handle sich um eine europäische Konferenz. Die USA seien im Gegensatz zur USSR keine europäische Macht. Sofern aber die europäischen Teilnehmer an einer



- 2 -

Sicherheitskonferenz die USA zuziehen und einschliessen möchten, hätte man russischerseits dagegen keine Einwendungen zu machen.

Im übrigen gibt W. zu verstehen, dass gerade die Beteiligung mittlerer und kleiner Staaten, insbesondere auch der Neutralen, nach russischer Auffassung ein wesentliches Element für das Gelingen der Konferenz wären. Die Grossstaaten könnten nicht alle Probleme lösen.

4) Atomsperrvertrag: W. gibt seinem Erstaunen darüber Ausdruck, dass wir noch nicht unterzeichnet hätten. Wir befänden uns in einer merkwürdigen Gesellschaft. W. zitiert Südafrika, Israel und Westdeutschland. Man kenne unsere Begründung, verstehe sie aber nicht.

Der Departementschef weist darauf hin, dass noch andere Staaten nicht unterzeichnet hätten und dass die Liste der von W. genannten willkürlich sei. Uebrigens habe auch die Sowjetunion noch nicht ratifiziert: offenbar im Hinblick auf das zögernde Westdeutschland. Da seien wir ja in der gleichen Situation. Wir müssten ebenfalls auf das Verhalten der möglichen Nuklearwaffenproduzenten Rücksicht nehmen. Ohne deren Unterschrift sei der Vertrag fragwürdig. Andererseits seien für unsere Zurückhaltung auch Ueberlegungen betreffend die friedliche Verwendung der Atomenergie im Rahmen des Sperrvertrages massgeblich.

5) Mittlerer Osten: W. erklärt, hier habe man ein typisches Beispiel dafür, dass die Probleme unter Umständen auch von den Grossmächten nicht gelöst werden könnten und dass die Mitwirkung mittlerer und kleiner Staaten u.U. unentbehrlich sein könne. Die Grossmächte versuchten, eine Lösung zustande zu bringen. Heute scheiterten diese Bemühungen an der Haltung Israels. Dieses sei heute widerspenstiger als früher die arabischen Staaten. Es sei unter diesen Umständen schwierig zu sehen, wie es ohne Gewaltanwendung zu einer Lösung des Nahostkonfliktes kommen könne.

Kopie geht an: - Herrn Bundesrat Spühler
- Herrn Botschafter Micheli
- Politischer Dienst Ost
- Politischer Dienst West
- Herrn Natural

GU 29. Apr. 69 9

EIDG. POLITISCHES DEPARTEMENT
Politische Angelegenheiten
I.A.

Miesch